



## KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 21. März 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **B 146 Covid-19-Krisenbewältigung im Kanton Luzern; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsidentin  
Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Die Covid-Pandemie hatte auf den Kanton Luzern starke Auswirkungen. Die Gesundheit, der soziale Zusammenhalt, die wirtschaftliche Sicherheit, der Zugang zur Bildung und nicht zuletzt die politische Partizipation waren davon betroffen, wurden bedroht und damit auch eingeschränkt. Der jetzt vorliegende Rechenschaftsbericht geht zurück auf die Motionen M 274 und M 283 und die Anfrage A 269. Diese Vorstösse wurden mit rund 55 weiteren Vorstössen an einer Sondersession unseres Rates zum Thema «Corona» behandelt. Es ist keine einfache Aufgabe, eine Pandemie zu bewältigen, deren Auswirkungen niemand so recht kannte. Trotzdem musste der Spagat zwischen Vorgaben des Bundes einerseits und Gesundheitsschutz und Wahrung der individuellen Grundfreiheit andererseits gewährleistet werden. Es musste verhindert werden, dass das Gesundheitssystem kollabiert. Zudem mussten Massnahmen ergriffen werden um Todesfälle, Infektionen und gesundheitliche Langzeitfolgen minimieren oder verhindern zu können. Mit vielen Einschränkungen im persönlichen Bereich war dies nicht genug, nein, die Wirtschaft musste Anweisungen und Einschränkungen in Kauf nehmen. Aber auch die Schulen, die Vereine, kulturelle Institutionen und das Messewesen waren stark davon betroffen. Um das Schlimmste in finanzieller wie auch sozialer Hinsicht zu verhindern, haben der Bund sowie der Kanton Luzern verschiedentlich Hilfeleistungen in Form von Darlehen oder Entschädigungen geleistet. Eine Krisenbewältigung setzt eine Krisenorganisation voraus und ein Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren, von der Aufgabenteilung über die Zuteilung von Verantwortung und Kompetenzen bis hin zur Zusammenarbeit zwischen den Departementen. Das alles allein genügt aber nicht. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und die gelebte Solidarität liess uns die Krise bewältigen. Viele haben Grossartiges geleistet. All denen gebührt ein riesiger Dank und Respekt für ihr unbürokratisches, ideenreiches und allumfassendes Handeln. Ich schliesse alle Akteure in diesen Dank ein, insbesondere Feuerwehr, Zivildienst, Rettungsdienste und die Pflege ambulant und stationär. Im Zentrum für den Bericht standen die Fragen: Wie funktionierte die Krisenbewältigung gut? Wo lagen die Herausforderungen und Probleme? Wo bestand Handlungsbedarf? Eine Rückschau wie auch eine Analyse sind sinnvoll. Daraus soll der Kanton Luzern Lehren ziehen, um für künftige Krisen noch besser gewappnet zu sein. Es sollen für die Zukunft Massnahmen definiert und umgesetzt werden. Die Aufarbeitung wurde in verschiedene Bereiche aufgeteilt, und daraus entstanden verschiedene Handlungsfelder. Es wurden insgesamt 48 Interviews mit internen und externen Akteuren geführt. Gleichzeitig wurden Erhebungen in Form von Gesprächen und Workshops durchgeführt. Der ganze

Prozess wurde durch Anna Steger, Koordinatorin Aussenbeziehungen, Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), begleitet. Der Bericht zeigt auf, dass die Bewältigung insgesamt gut funktioniert hat. Die SPK hat sich in ihrer Sitzung vom 1. März 2023 eingehend mit dem Bericht befasst. Grundsätzlich zeigt der Bericht auf, dass die Bewältigung der Krise insgesamt gut funktioniert hat. Für die Zukunft wurden wertvolle Erkenntnisse aufgezeichnet, welche in den zahlreichen Handlungsfeldern festgehalten sind. Die Kommission befasste sich insbesondere mit der Rolle des Kantons als Arbeitgeber, mit der Aufrechterhaltung der familienergänzenden Betreuung, dem Fachkräftemangel, der Digitalisierung, der Schnittstelle zwischen Regierung und Parlament, der Berichterstattung über die Umsetzung der Massnahmen und zu guter Letzt mit der Wahrung der Handlungsfähigkeit des Kantonsrates im Krisenfall. In der Kommission wurden Anträge diskutiert, ob der Kanton seine Rolle als Arbeitgeber für Krisenfälle zu optimieren hat und ob er dem strukturellen Personalmangel in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, bei der psychiatrischen Versorgung und im Bildungsbereich entgegenzuwirken hat. Zudem ging es darum, ob die familienergänzenden Betreuungsangebote und allfällige finanzielle Ausfälle rasch geregelt und in einem Krisenfall abgedeckt werden können. Es wird anerkannt, dass in Krisensituationen die Gesundheitsversorgung, die Schul- und Tagesstrukturen für Kinder, die Pflege in den Altersheimen und in der Psychiatrie gewährleistet sein muss. Der Fachkräftemangel ist eine nationale Herausforderung, welche nicht im direkten Zusammenhang mit der Pandemie steht. Dennoch ist der Kanton Luzern auf verschiedenen Ebenen bereits aktiv, wie zum Beispiel mit einer Kampagne zum Wiedereinstieg und Quereinstieg und bei der Unterstützung des Curriculums Hausarztmedizin usw. Mit der Umsetzung der Pflegeinitiative wird im ersten Schritt die Ausbildung attraktiver gestaltet, und im nächsten Schritt werden die Arbeitsbedingungen verbessert. Als sofortige Überbrückungshilfe für familienergänzende Betreuung hatte der Kanton Luzern im Mai 2020 einen Kredit von 65 Millionen Franken bewilligt um Schliessungen und Konkurse zu verhindern. Beide Anträge wurden grossmehrheitlich abgelehnt. Nach umfassender Diskussion und Abwägung aller Vor- und Nachteile hat die SPK zur Covid-Krisenbewältigung drei Bemerkungen und ein Kommissionspostulat eingereicht. Ich werde mich bei der Behandlung des Postulats und der Bemerkungen näher dazu äussern. In der Schlussabstimmung hat die SPK den Covid-19-Rechenschaftsbericht einstimmig in zustimmendem Sinn zur Kenntnis genommen. Die SPK beantragt Ihnen, den Covid-19-Rechenschaftsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Rüttimann.

Daniel Rüttimann: Der vorliegende Rechenschaftsbericht zur Covid-19-Geschichte ist eine Rückschau auf eine vergangene Geschichte, einen Prozess, den niemand für wirklich möglich gehalten und der auch viele überrascht hat. Die Botschaft ist auch eine Analyse und kommt vereinfacht zusammengefasst in zwei Punkten zum Schluss: Insgesamt hat es sehr gut funktioniert. Zudem konnten wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden, die zudem in zahlreichen Handlungsfeldern festgehalten sind. Aus Sicht der Mitte-Fraktion halten wir Folgendes fest: Es gebührt auch rückblickend ein grosser Dank allen Beteiligten, die in irgendwelcher Form und auf allen Ebenen zur Krisenbewältigung beigetragen haben. Es war letztlich ein Gemeinschaftswerk. Ein Kompliment an alle Beteiligten für die sachliche Replik und die Darlegung mit diesem Rechenschaftsbericht. Zu den Handlungsfeldern nehme ich drei zentrale Punkte hier auf: Erstens Führung und kantonaler Führungsstab (KFS): Hier konnte man sich auf bewährte Strukturen und bewährte, erfahrene Personen verlassen. Es zeigte sich auch im Ernsteinsatz: Der Aufbau und die Grundstruktur des Krisenmanagements des Kantons hat sich eindrücklich bestätigt und als praxistauglich erwiesen. Zweitens: Die Ressourcenfrage ist bei solchen Themen stets ein zentrales Thema, erst recht, wenn man nicht weiss, wie lange die Krise geht und wie sie sich überhaupt entwickelt. Bezüglich der Dauer der Krise und der Leistungsfähigkeit beziehungsweise Durchhaltefähigkeit erachten wir für zukünftige Krisen eine Verbesserung als notwendig. Die fast einstimmige Überweisung des Mitte-Antrags in der SPK bestätigt diese Einschätzung. Drittens die Kommunikation: hohe Wichtigkeit, zeitgerecht und bevölkerungsgerecht. Es ist eminent

wichtig und entscheidend, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, Vertrauen in ihr zu schaffen. Diesbezüglich zeigt der Bericht entsprechende Massnahmen zur Optimierung auf. Der Spruch «Nach der Krise ist vor der Krise» ist hier absolut passend. Daher braucht es den Rück- und Weitblick, ruhig und sachlich, um aus der Krise zu lernen und dabei die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die im Bericht definierten Handlungsfelder erachtet die Mitte-Fraktion als zweckmässig, korrekt und letztlich als Verbesserung der Sachlage. Es hat sich auch deutlich gezeigt, wie wichtig das KKK-Prinzip ist: In Krisen Köpfe kennen – dies soll weiterhin bewusst auch in Nicht-Krisenzeiten gepflegt, aufgebaut und trainiert werden. Eine gute Vernetzung, kurze Wege, kurze Entscheide und eine agile Verwaltung sind nebst anderen sehr wichtige und vertrauensbildende Faktoren. Sowohl als Parlament wie auch als Regierung stehen wir in der Pflicht, bei ausserordentlichen Situationen bestmöglich einen kühlen Kopf zu bewahren und angemessen zu reagieren. Das hat doch rückblickend sehr gut funktioniert. Sicherlich gibt es Punkte, die im Wiederholungsfall anders gemacht würden. Die Mitte-Fraktion ist aber der Meinung, dass zum damaligen Zeitpunkt und mit dem damaligen Wissensstand die Krisenbewältigung insgesamt erfolgreich gemeistert worden ist. Dafür gebühren in erster Linie dem verantwortlichen Gesamtratsrat ein grosses Dankeschön und ein Kompliment. Die SPK hat den Rechenschaftsbericht eingehend beraten. Die einstimmige Haltung zur zustimmenden Kenntnisnahme ist dabei ein deutliches Zeichen. Die Mitte-Fraktion steht ebenfalls deutlich hinter diesem Rechenschaftsbericht und ist erfreut über den Weitblick und die geplanten Optimierungen bei den Handlungsfeldern. Wir treten auf die Vorlage ein und nehmen den Covid-19-Rechenschaftsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Für die SVP-Fraktion spricht Markus Schumacher.

Markus Schumacher: Auch die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für den Bericht, der im Vorfeld von uns verlangt wurde. Der Bericht wird auch von der SVP-Fraktion als angemessen kritisch beurteilt. Als Schlüsselfaktor zur Bewältigung der Covid-19-Krise haben sich das grosse Engagement und die Flexibilität sämtlicher Akteurinnen und Akteure in der kantonalen Verwaltung und in den öffentlichen und privaten Institutionen und zahlreichen weiteren systemrelevanten Organisationen erwiesen. Dafür und für die ausserordentlichen Einsätze in dieser unsicheren Zeit bedanken wir uns sehr. Aber ein besonderer Dank gilt auch der Bevölkerung, die alle ihr auferlegten Einschränkungen ohne grosse Proteste hingenommen und durchgehalten hat, eine grosse Solidarität gegenüber Schwächeren gelebt und damit gezeigt hat, dass gut organisierte Krisen durchaus durchgestanden werden können. Genau daran müssen wir jetzt aber in einzelnen Handlungsfeldern arbeiten. Neben den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen zeigt uns die Covid-19-Pandemie auch die gesellschaftlichen Folgen. Es ist an all die Personen, Betriebe und jungen Menschen zu denken, welche schmerzliche Einbussen hinnehmen mussten, oder Gastwirte, die jetzt wieder dazu aufgefordert sind, Härtefallgelder zurückzuzahlen. Zu denken ist auch an Andersdenkende, die eben andere Positionen zur Debatte stellen wollten, dadurch ist das direkt-demokratische, föderale Staatsverständnis der Schweiz auf eine Härteprobe gestellt worden. Die Covid-19-Pandemie hat starke Auswirkungen auf den Kanton. Der vorliegende Rechenschaftsbericht ist eine vom Regierungsrat beleuchtete Krisenbewältigung während dieser Zeit. Die Analyse kommt zum Schluss, dass die kantonale Krisenbewältigung grundsätzlich funktioniert hat. Der Bericht benennt dennoch Handlungsfelder, in denen Massnahmen zu ergreifen sind. Die SVP-Fraktion kann sich derzeit nicht vorstellen, dass rückblickend alles wieder mit der gleichen Konsequenz gemacht würde – vermutlich der Regierungsrat auch nicht. So vermischen wir aber eine kritische Stellungnahme zu all den entstandenen Langzeitschäden, die auch durch die vielen Impfungen nicht verhindert werden konnten. Auch über den Umgang mit Andersdenkenden findet sich im Bericht wenig, um nicht zu sagen nichts. Die SVP-Fraktion honoriert es, dass die Regierung bereits während der Krise Massnahmen umgesetzt hat, um die Organisation der Krisenbewältigung zu verbessern. Aber dennoch kommt die SVP-Fraktion zum Schluss, dass zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb die Bemerkungen der SPK. So soll die Regierung künftige

Krisenstellvertreter-Lösungen für Führungs- und Verantwortungspersonen sowie die nötigen Ressourcen sicherstellen. Nur so kann die Durchhaltefähigkeit dieser Organisation auch dann gewährleistet werden, wenn das Personal aufgrund Überlastung ausfallen sollte. Im Bereich Contact-Tracing muss ein Ausbau und eine Weiterentwicklung stattfinden. Den Weg über die Digitalisierung sehen wir allerdings als kritisch an. Wir unterstützen die Bemerkung der SPK, welche die Regierung beauftragt, der SPK jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung in den Handlungsfeldern des Covid-19-Rechenschaftsberichtes zu unterbreiten. Das Kommissionspostulat P 1078, das von der Regierung die Prüfung von Massnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Kantonsrates in Krisensituationen verlangt, unterstützen wir nicht. Es stellt eine Unterwanderung dar und will durch die Hintertür eine Digitalisierung des Parlaments erreichen. Wir wollen aber unsere demokratischen Rechte als Parlamentarier persönlich und in physischer Anwesenheit wahrnehmen können. Die Sitzungen des Parlaments mit entsprechenden Auflagen auf der Allmend und in Sursee haben gezeigt, dass das möglich ist. Wir lehnen auch Anträge ab, die in künftigen Krisen familienergänzende Betreuungsangebote aufrechterhalten und in diesem Zusammenhang finanzielle Ausfälle abfedern wollen. In Krisensituationen sind viele auf sich allein gestellt, das hat die Covid-19-Pandemie gezeigt, Betreuende genauso wie Eltern. Wer krisenbedingt ohnehin nicht arbeiten kann, oder wenn, dann im Homeoffice, kann auch seine Kinder betreuen. Finanzielle Ausfälle sind also keine abzufedern. Die SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, nimmt den Rechenschaftsbericht aber ablehnend zur Kenntnis.

Für die FDP-Fraktion spricht Luzia Syfrig.

Luzia Syfrig: Die Schweiz wurde eine lange Zeit von grossen Krisen verschont. Wer hätte im Januar 2020 gedacht, dass wir in absehbarer Zeit eine weltweite Pandemie und einen Krieg in Europa erleben werden? Es werden wieder Krisen passieren. Diese werden uns vielleicht vor andere Herausforderungen stellen als die Covid-19-Pandemie. Der vorliegende Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zeigt auf, wie der Kanton die Covid-19-Krise bewältigt hat und was organisatorisch optimiert werden muss, damit wir bei einer allfälligen neuen Krise besser vorbereitet sind. Der Bericht zeigt auch auf, dass sehr viele Menschen einen sehr guten Job gemacht haben, gewisse sogar über sich hinausgewachsen sind. Dafür möchte die FDP-Fraktion allen herzlich danken. In einer Krise spielen der Zusammenhalt und die Solidarität eine grosse Rolle. Es ist beruhigend zu wissen, dass das sehr gut funktioniert hat. Auch Dank diesen Gepflogenheiten hat der Kanton Luzern die Pandemie im Grossen und Ganzen gut gemeistert. Der Bericht verdeutlicht, dass es unterschiedliche Einschätzungen gibt, wie die Pandemie bewältigt worden ist. Eines ist aber klar: Es gibt keine Einheitslösung, auch wenn das manchmal suggeriert wird. Die Bevölkerung ist zu individuell unterwegs. Die Herausforderung, die Bevölkerung zu beschützen, ohne ihre Rechte allzu stark zu beschneiden, wird auch in einer anderen Krise wieder bestehen. Der Kanton Luzern hat zwar bereits vor der Pandemie über die notwendigen Grundlagen wie den kantonalen Pandemieplan und das Konzept zur Krisenkommunikation verfügt, es hat sich aber gezeigt, dass diese Planungsgrundlagen im Vorfeld nicht konsequent umgesetzt worden sind, weshalb wir die geplante Umsetzungsorganisation und das Monitoring dazu sehr begrüssen. Die Krisenorganisation hat sich bewährt und unter den gegebenen Umständen gut funktioniert. Der kantonale Führungsstab hat im längsten je stattgefundenen Einsatz sehr wertvolle Arbeit geleistet. In der Krise auf eine bestehende und eingespielte Organisation zurückzugreifen, soll auch künftig gelebt werden. Die Härtefallmassnahmen wurden ganz im Sinn der FDP durchgeführt. Dank dem schnellen und unbürokratischen Handeln hat die Luzerner Wirtschaft die Krise den Umständen entsprechend recht gut überstanden. Viele Arbeitsplätze konnten so erhalten bleiben. Die Covid-19-Pandemie hat sehr lange gedauert. Die Ausgangslage hat sich stetig verändert, und die Spielregeln mussten immer wieder angepasst werden. Das hat zu grosser Verunsicherung bei der Bevölkerung geführt. Wie im Bericht richtigerweise festgehalten wird, ist sowohl die Kommunikation wie auch die Koordination in allen Sektoren und in den verschiedenen Ebenen nicht optimal gelaufen. Das muss dringend verbessert werden. Auch wenn das föderale System die Umsetzung von Massnahmen den einzelnen Kantonen überlässt, ist

eine Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone unerlässlich. Die Bevölkerung konnte nicht nachvollziehen, warum Massnahmen unterschiedlich angeordnet worden sind. Das Virus kennt keine Kantonsgrenzen. Man darf erwarten, dass künftig eine verbesserte Zusammenarbeit stattfinden wird. Der Kanton Luzern darf hier ruhig auch einmal zugunsten der anderen Kantone eine andere Haltung einnehmen. Zu Beginn der Covid-19-Pandemie war die Rolle des Parlaments nicht befriedigend. Für den Einbezug des Parlaments haben klar definierte Prozesse und Abläufe gefehlt. Damit das Vertrauen aufrechterhalten bleiben kann, muss die Rolle des Parlaments auch während einer Krise geklärt sein. Im Rechenschaftsbericht fehlen aber entsprechende Massnahmen dazu. Deshalb fordert das Kommissionspostulat eine Prüfung der Massnahmen, wie in einer Katastrophe die Handlungsfähigkeit des Kantonsrates erhalten bleibt. Die FDP-Fraktion begrüsst diesen Prüfauftrag. Zum Schluss möchten wir der Regierung, den Mitarbeitenden der Verwaltungen aller Stabebenen und dem kantonalen Führungsstab unter der Leitung von Vinzenz Graf herzlich für den unermüdlichen und grossartigen Einsatz danken. Die FDP-Fraktion dankt der Regierung für den ausführlichen und kritischen Bericht. Wir treten auf die Vorlage ein und nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Für die SP-Fraktion spricht Stephanie Sager.

Stephanie Sager: Auch die SP-Fraktion dankt dem JSD und allen Beteiligten für das Verfassen des ausführlichen Berichtes, welcher die Covid-19-Krisenbewältigung im Kanton Luzern reflektiert und evaluiert. Wir halten es für wichtig, nach solchen herausfordernden Zeiten herauszufiltern, was gut gelaufen ist und wo der Kanton für zukünftige Krisensituationen Verbesserungspotenzial aufweist. Zum Bericht im Allgemeinen: Wir begrüssen den Aufbau des Berichtes, der in betroffene Sektoren und abgeleitete Handlungsfelder gegliedert ist. Kritisch betrachten wir den Punkt, dass die Evaluation der Krisenbewältigung nicht als Ganzes durch ein externes Kompetenzzentrum durchgeführt wurde. Ein Blick von aussen wäre neutraler und unabhängiger und dementsprechend auch professioneller gewesen. Die Corona-Krise liegt glücklicherweise hinter uns. Was uns als Rat bleibt, ist der kritische Blick zurück und dann der Blick in die Zukunft, welche wieder Krisen bringen wird oder bereits bringt, und in denen wir als Kanton hoffentlich aus der Erfahrung vergangener schwieriger Zeiten gelernt haben. Zuerst ein kurzer Blick zurück: Die Krise hat von allen Verantwortlichen, Mitarbeitenden und Beteiligten einen ausserordentlichen Einsatz gefordert und eine grosse Mehrbelastung dargestellt. Auch der ganze Sektor des Service public hat während der Pandemie unermüdlich systemrelevante Arbeit geleistet: das Gesundheitspersonal, die Kita-Mitarbeiterinnen sowie die Bus- und Zugchauffeure und -chauffeurinnen, und die Lehrpersonen haben das System während der ganzen Krisenzeit am Laufen gehalten und massgeblich dazu beigetragen, dass unser Kanton relativ glimpflich durch die Pandemie gekommen ist. Diesen grossen Einsatz aller Beteiligten sehen wir und sprechen unseren grossen Dank aus. Aus unserer Sicht war die Bewältigung der Pandemie insgesamt eine Gratwanderung: Es mussten Einschränkungen beschlossen und durchgesetzt werden – jedoch nur so viel wie nötig und so lange wie nötig. Oberstes Ziel war es, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Dieser schwierige Spagat ist unseres Erachtens mehrheitlich gelungen. Trotzdem hat die Pandemie auch Punkte ans Licht gebracht, welche nicht optimal abgelaufen sind: Passable Härtefalllösungen sind nur unter viel Druck der Branchenverbände und der Politik zustande gekommen. Es hat viel gebraucht, bis der Kanton reagiert und Lösungen präsentiert hat. Dasselbe war im Bereich der familienergänzenden Betreuungsangebote der Fall. Die Verantwortung für die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bereichen, Sektoren und anderen Kantonen hat unser Kanton nur bedingt wahrgenommen. Nicht zufrieden waren wir zudem mit den politischen Prozessen und dem Einbezug des Parlaments während der Pandemie. Der Ausfall der Kantonsrats-Session während der Krisenzeit ist zu bedauern. Leider haben es die bürgerlichen Parteien damals nicht als wichtig genug angesehen, die demokratische Kontrolle über das Krisenmanagement zu wahren und eine schnelle Unterstützung der Betriebe und Sicherung der Arbeitsplätze zu bieten. Wir werden dem Kommissionspostulat der SPK zustimmen, welches nun im Nachgang fordert, dass die Handlungsfähigkeit des

Kantonsrates während Krisenfällen gewährt wird. Kritisch sehen wir auch den Punkt, dass der kantonale Führungsstab rund zwei Jahre im Einsatz war und nicht sobald wie möglich wieder in die normalen Strukturen übergegangen wurde. Ein Blick in die Zukunft: Wir begrüßen die Lehren, welche aus der Krisenbewältigung gezogen werden. So finden wir es beispielsweise wichtig und richtig, dass Bemühungen stattfinden, um bestimmte Bevölkerungsgruppen besser zu erreichen und zu informieren, darunter auch Menschen, welche nicht Deutsch als Muttersprache haben. Wir begrüßen es, dass die Zusammenarbeit mit Leistungsbringern wie Spitälern, mit dem Kultur-, Wirtschafts- und Bildungssektor und mit den anderen Kantonen gestärkt werden soll. Wichtig finden wir zudem, dass in der Gesamtverwaltung ein «Business Continuity Management» eingeführt wird. Damit hätten viele Probleme bei der Krisenorganisation abgefedert werden können. Auch sollen Massnahmen ergriffen werden, damit der Kanton seine Rolle als Arbeitgeber während ausserordentlichen Situationen optimieren kann, sodass die Durchhaltbarkeit des Systems gestärkt wird und das Verwaltungspersonal zukünftig nicht über die Belastungsgrenze hinausgehen muss. Die Kommunikation des Regierungsrates soll während Krisenzeiten kohärent und nachvollziehbar sein. Das hat nicht immer nur reibungslos geklappt. Aus den genannten Gründen stimmen wir der Bemerkung der SPK zu, welche ein jährliches Monitoring des Umsetzungsprozesses der festgelegten Handlungsfelder fordert. Unsere Zustimmung zur Botschaft hängt fest mit der Bereitschaft zusammen, welche wir im Bericht sehen, dass nämlich kritische Punkte angegangen und konkrete Massnahmen ergriffen werden. Diesen Prozess werden wir genau beobachten und nachverfolgen. Mit Blick auf weitere Krisen stellen wir insgesamt fest, dass die Krisenbewältigung im Kanton immer wieder ein bisschen nach demselben Schema abläuft: Es wird lange gezögert und zugewartet und möglichst viel an den Bund abgegeben. Wir sehen unseren Kanton in einer aktiveren und selbstbewussteren Rolle und hoffen, dass er sich zukünftig auch dementsprechend verhalten wird. Unsere Zustimmung zur Botschaft ist keine Absolution für den Regierungsrat, dass er alles richtig gemacht hat. Aber wir haben das Gefühl, dass mit der kritischen Aufarbeitung der Krisenzeit der richtige Weg eingeschlagen wird, und gehen fest davon aus, dass auch wirklich Massnahmen umgesetzt werden. Unsere Zustimmung ist auch ein Bekenntnis für die Arbeit derjenigen, die während dieser gesamten Krisenzeit an der Front und im Hintergrund ihr Bestes gegeben haben. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, stimmt allen Bemerkungen der SPK zu und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Für die G/JG-Fraktion spricht Getrud Galliker-Tönz.

Gertrud Galliker-Tönz: Die G/JG-Fraktion hat den Bericht mit Interesse zur Kenntnis genommen und stellt fest, dass die Aufarbeitung der Covid-19-Pandemie über alle wichtigen Sektoren erfolgt ist. Wir danken der Regierung und allen, die zu diesem Bericht beigetragen haben. Wie wichtig dieser Bericht ist, zeigt sich schon daran, dass – und ich nehme an, Ihnen allen geht es gleich – für uns diese doch sehr besondere Zeit schon in weite Ferne gerückt und manchmal schon fast vergessen ist, wie sehr sie die ganze Gesellschaft, die Politik und jeden Einzelnen von uns auch gefordert hat. Rückblickend darf gesagt werden, dass dank einem enormen Einsatz von unzähligen Menschen die Zeit der Pandemie mit all ihren einschneidenden Folgen erstaunlich gut gemeistert wurde. Möglich war dies wohl nur, weil fast alle in unserem Land und unserem Kanton Ungewöhnliches mit anpackten und weit mehr als ihre Pflicht getan haben. Zudem ist in unserem Land eine grosse Solidarität zum Tragen gekommen. Das vielleicht Wichtigste, was wir gelernt haben, ist, dass Ereignisse eintreffen können, die wir nicht für möglich halten. Wer von Ihnen hätte noch vor Kurzem angenommen, dass der Bundesrat am Sonntag, 19. März 2023, wieder aufgrund von Notrecht entscheidet, Milliarden von Franken auszugeben? Wir können noch so viele Krisenkonzepte erarbeiten und in der Schublade griffbereit haben – das Udenkbare ist möglich und erfordert dann, wenn es eintritt, ein hohes Mass an Flexibilität, Sondereinsätzen und Ressourcen. Somit muss die Vorbereitung auf Ereignisse dieser Art gerade da ansetzen. Es muss sichergestellt werden, dass der kantonale Krisenstab ständig so aufgestellt ist, dass er seine Arbeit sofort aufnehmen kann, insbesondere müssen auch

die Stellvertreterfunktionen immer geklärt und à jour sein. Wir kommen nicht darum herum, Ressourcen aufzustocken, damit im akuten Krisenfall sofort gehandelt werden kann. Unser Personal in der Verwaltung, in der Bildung und im Gesundheitswesen, welches schon in normalen Zeiten am Anschlag arbeitet, kann im Krisenfall nicht per sofort noch mehr belastet werden, es ist also sinnvoll, hier vorsorglich zu planen, wo sofort Ressourcen freigemacht werden können. Die G/JG-Fraktion stimmt den Bemerkungen der SPK zu. Sie zielen genau in die Richtung, von der ich eben gesprochen habe. Dem Kommissionspostulat stimmen wir ebenfalls zu. Als sehr wichtig erachten wir es, dass eine Art Sicherung eingebaut wird, damit die anzuwendenden Aufgaben, wie sie im Bericht dargelegt werden, kontinuierlich umgesetzt werden. Die jährliche Berichterstattung an die SPK kann als eine solche betrachtet werden. Diese Absicherung mit einem Bericht an die SPK geht einem Teil unserer Fraktion zu wenig weit; mehr Transparenz und mehr Absicherung werden gewünscht. Diejenigen, die sich das wünschen, nehmen den Bericht neutral zu Kenntnis. Sie hätten einen vom Kanton unabhängigeren Bericht gewünscht und vor allem Einsicht in alle Akten, die diesem Bericht zugrunde liegen. Wir treten auf die Vorlage ein. Sieben Mitglieder der G/JG-Fraktion nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis, sieben Mitglieder nehmen ihn neutral zur Kenntnis.

Für die GLP-Fraktion spricht Simon Howald.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion bedankt sich für den ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Covid-19-Krisenbewältigung des Kantons Luzern im Zeitraum von März 2020 bis März 2022. Es ist aus unserer Sicht essenziell, auf der einen Seite die erfolgreichen Massnahmen und Tätigkeiten festzuhalten und auf der anderen Seite aus den aufgezeigten Lücken für die nächste Krise zu lernen. Was uns nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass unser Rat am Anfang der Krise über längere Zeit nicht funktionstüchtig war. Wegen der ausserordentlichen Lage des Bundes musste sogar der Sessionsbetrieb eingestellt werden. Es brauchte einige Wochen, bis die Legislative des Kantons – die gesetzgebende Instanz – wieder handlungsfähig war. Hier benötigen wir für den nächsten Krisenfall ein praxisnahes Konzept mit verschiedenen Lösungsansätzen. Auch digitale Lösungen sollen in diesem Zusammenhang geprüft werden. Deswegen begrüssen wir das vorliegende Kommissionspostulat der SPK zur Wahrung der Handlungsfähigkeit des Kantonsrates im Krisenfall. Die Legislative muss jederzeit in der Lage sein, ihre Aufgaben ausführen zu können. Die Beteiligung an einer Session muss ermöglicht werden, besonders wenn eine grössere Anzahl Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht an einem physischen Sitzungsort anwesend sein kann. Die GLP-Fraktion erinnert an dieser Stelle an die Motion M 418 von Mario Cozzio über die Möglichkeit zur digitalen Teilnahme an Sessionen in Ausnahmefällen. Die Umsetzung des Fernunterrichts an den Schulen zu Beginn der Pandemie war aus unserer Perspektive entsprechend der ausserordentlichen Situation sinnvoll. Die ausserordentliche Belastung für die Familien – zum Beispiel wegen Homeoffice und Homeschooling zur gleichen Zeit oder anderer Konstellationen – wurde bald erkannt. Umso wichtiger war es, den Schulbetrieb möglichst rasch mit regelmässig angepassten Schutzkonzepten wieder aufzunehmen und aufrechtzuerhalten. Die GLP-Fraktion nimmt das erkannte Optimierungspotenzial im Bereich der Koordination und Kommunikation zwischen den verschiedenen kantonalen Instanzen zur Kenntnis und begrüsst die Überarbeitung der entsprechenden Konzepte und die Verbesserung des «Business Continuity Managements». Schlussendlich bedanken wir uns bei allen Menschen, die sich mit einem grossen und unermüdlichen Engagement in den verschiedensten Bereichen eingesetzt haben, um die Covid-19-Krise gemeinsam möglichst gut zu bewältigen. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Folgerichtig lehnen wir den Antrag von Markus Schumacher bezüglich ablehnender Kenntnisnahme und den Antrag von Laura Spring bezüglich neutraler Kenntnisnahme ab. Zu den einzelnen Bemerkungen der SPK äussern wir uns in der Detailberatung.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Covid-19-Pandemie hat die Bevölkerung unseres Kantons betroffen, aber auch getroffen. Der Rechenschaftsbericht beleuchtet die lange Periode von März 2020 bis März 2022 – in der Tat eine lange Krisenbewältigung. Im Zentrum stehen die Fragen:

Wie hat die Krisenbewältigung funktioniert? Hat sie gut funktioniert? Wo lagen die Herausforderungen und die Probleme? Wo bestehen Handlungsfelder? Wo besteht Handlungsbedarf? Mit dem Rechenschaftsbericht will der Regierungsrat Erkenntnisse sichern, Lehren ziehen und Handlungsfelder aufzeigen, damit der Kanton Luzern künftig noch besser gegen Krisen gewappnet ist, wohlwissend, dass die nächste Krise eine andere ist und die Unsicherheiten in verschiedenen Bereichen gross sind. Wir wissen nicht, wie die nächste Krise aussehen wird, ob es eine Naturkatastrophe oder etwas anderes sein wird. Vorab die zentrale und erfreuliche Erkenntnis. Das machen wir nicht, um uns gegenseitig auf die Schultern zu klopfen, sondern wir haben in Dutzenden von Interviews mit Beteiligten die Rückmeldungen erhalten, dass die Krisenorganisation insgesamt gut funktioniert hat, gerade auch, weil sehr viele Leute die Verantwortung mitgetragen und ihr Bestes getan haben. Ich komme auf diesen Punkt zurück. Dieses Bild zeigt der Rechenschaftsbericht auf, auch wenn es immer Bereiche gibt, in denen man sich verbessern kann. Dass die kantonale Krisenorganisation gut funktioniert hat und diese Ausnahmesituation im Kanton Luzern gut bewältigt werden konnte, ist dem Einsatz von ganz vielen zu verdanken: Das Pflegepersonal und die Ärztinnen und Ärzte sind unermüdlich im Einsatz gestanden. Wir hatten während einer gewissen Zeit Angst, dass es im Gesundheitssystem zu einem Kollaps kommen könnte. Wir haben ein Notspital aus dem Boden gestampft, was ohne den Einsatz von Zivilschutz, Armee und vielen Personen aus dem Gesundheitsbereich nicht möglich gewesen wäre. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben Belastbarkeit bewiesen und konnten der schweren Situation trotzen. Auch in den Schulen haben Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern sowie Jugendorganisationen die Kinder und Jugendlichen unterstützt. Es ist eine ganz schwierige Situation, wenn die Schule abgesagt werden muss und die Kinder nach Hause geschickt werden müssen. Auch die Einsatzkräfte, die wir aufbieten konnten und durften: Zivilschutz, Armee, Polizei, Mitarbeitende der Verwaltung und verschiedene politische Entscheidungsträger der Gemeindeführungsstäbe. Oft wurde unter hohem Zeitdruck koordiniert, und es wurden Vorgaben umgesetzt, die sich oft rasend schnell verändert haben. Eine Krise ist immer mit sehr grossen Unsicherheiten verbunden, und man weiss nie, wie es weitergeht. Manchmal verändert sich die Situation sehr rasch. Ich darf aber auch die vielen Freiwilligen nennen, die mitgeholfen haben. Das war wirklich ausserordentlich und zeugt von viel Solidarität. So sind etwa pensionierte Personen zurückgekommen, um fast rund um die Uhr in Impf- oder Testzentren zu arbeiten. Das sind sehr wertvolle Beispiele, die zeigen, wie viele Menschen sich engagiert haben. Sowohl die SPK-Präsidentin wie auch alle anderen haben sich in ihren Voten bei den vielen Beteiligten bedankt, die sehr wertvolle Arbeit geleistet haben. Bei der Erarbeitung des vorliegenden Rechenschaftsberichtes haben alle Departemente sowie die Staatskanzlei mitgewirkt. Die Gesamtkoordination lag bei meinem Departement. Das Institut Interface hat uns bei der Datenanalyse und der Erhebung unterstützt. Sie haben mit 48 verwaltungsinternen und -externen Akteuren Interviews und Workshops durchgeführt. Der umfangreiche Bericht gibt eine Übersicht über die Erkenntnisse aus diesen Erhebungen und identifiziert diese 16 Handlungsfelder, in denen die Krisenbewältigung noch optimiert werden kann. Diese betreffen die Kapitel Krisenorganisation – das wurde von Ihnen oft angesprochen –, die Durchhaltefähigkeit sowie Gesundheit und Soziales. Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Krise vor allem auch vom Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) und allen Personen aus dem Gesundheitsbereich gestemmt wurde. Dabei wurde Ausserordentliches geleistet, Leute sind an ihre Grenzen gekommen und sogar erkrankt, weil sie die Grenzen überschritten haben. Aber auch Wirtschaft, Kultur und Bildung waren sehr gefordert. Wir haben auch die politischen Prozesse analysiert. Hier kommt unser Rat zum Schluss, dass die Handlungsfähigkeit Ihres Rates mit den bestehenden Grundlagen gewährleistet war. Wir werden aber bei der Behandlung des Kommissionspostulats P 1078 der SPK darüber diskutieren, wo sie für die Zukunft Handlungsbedarf sieht. Bereits umgesetzt – und das ist ja gut, wenn man nicht wartet, wenn etwas sofort angepackt werden kann – ist die Revision des Stimmrechtsgesetzes. Damit wird es den Gemeinden vereinfacht, in Krisensituationen Abstimmungen an der Urne statt an der Gemeindeversammlung durchzuführen und die

Funktionsfähigkeit der Gemeinden unter einer solchen Krise zu gewährleisten. Die 16 Handlungsfelder betreffen alle kantonalen Departemente. Manche Handlungsfelder sind eher operativer Art, andere haben strategischen oder politischen Charakter. Einige können rasch umgesetzt werden, einige haben wir bereits umgesetzt, und andere brauchen mehr Zeit. Nach der heutigen Debatte gilt es, diese Handlungsfelder in konkrete Massnahmen zu überführen. Die Umsetzung erfolgt innerhalb der bestehenden Strukturen mit der Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre (KDS) im Lead. Sie überwacht und begleitet den Prozess. Natürlich werden wir vor allem die zuständige SPK im Sinn des Monitorings informieren. Sie finden im Bericht die entsprechenden Ausführungen zu diesen Handlungsfeldern. Ich werde nur exemplarisch einige Handlungsfelder aufzeigen. Von Ihnen wurde das sogenannte «Business Continuity Management» gefordert. Wenn es englisch ist, tönt es intelligenter, aber es geht eigentlich um Vorsorgeplanung, Vorsorge zu treffen, Durchhaltefähigkeit, dass man eine Krise überstehen kann. Dabei geht es auch um die Priorisierung von Aufgaben und die Stärkung von Kernaufgaben in der Krise, dass man lernt, sich auf das Notwendige zu konzentrieren. In verschiedenen Voten haben Sie die Sicherstellung der Durchhaltefähigkeit – die Stellvertreter-Regelung – genannt. Eine funktionierende Stellvertreter-Regelung ist in allen Bereichen absolut zentral, um durch die Krise zu kommen. Weiter sollen die kantonale Epidemienverordnung und der Pandemieplan überarbeitet werden in Abstimmung mit den Anpassungen auf Bundesebene. Letztlich ist die Gesundheitskrise natürlich aufgrund des Epidemiengesetzes des Bundes geführt worden. Ich denke, dass sich dieser zentrale Ansatz eigentlich bewährt hat. Es wäre wahrscheinlich nicht gut ausgegangen, wenn sich diesbezüglich 26 Kantone unterschiedlich über Rahmenbedingungen wie zum Beispiel Covid-Zertifikate, Impfungen usw. ausgesprochen hätten. Wir hatten schon genug Wildwuchs mit den Ski-Resorts und dem Hüttenwesen, was auf welcher Terrasse zu machen sei. Das war nicht gerade ein Glanzpunkt des Krisenmanagements. Bezüglich der Krisenorganisation wurden die Härtefallmassnahmen beleuchtet und müssen noch beleuchtet werden und die Erkenntnis, dass man fachliche Expertisen aus der Praxis einbeziehen muss, zum Beispiel an Schulen und bei Verbänden bei der Konzeption von Massnahmen. In jeder Krise ist die Kommunikation zentral, weil es dabei letztlich darum geht, dass die Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in das Krisenmanagement nicht verlieren. Dabei hat es sich gezeigt, dass ein «Single Point of Contact» und verbesserte, adressatengerechte Informationen notwendig sind. Das haben wir im Hinblick auf eine potenzielle Energiemangellage bereits berücksichtigt und eine zentrale Informationsstelle und ein zentrales Informationsangebot auf der kantonalen Webseite umgesetzt. Das ist eine Erkenntnis aus der Covid-19-Pandemie, die wir bei der möglichen Energiekrisenlage eingesetzt haben. Glücklicherweise hat sich die Krise etwas entschärft, und wir werden den kantonalen Führungsstab demnächst von dieser Aufgabe entbinden und die Vorsorgeplanung einer Taskforce übergeben. Hier sind wir beim Thema, aus der Krisenorganisation wieder in die Normorganisation überzugehen. Dieser Hinweis ist richtig. Wir können uns ja nicht permanent im Krisenmodus befinden. Ich möchte trotzdem um Verständnis dafür bitten, dass der kantonale Führungsstab so lange im Einsatz war. Der Regierungspräsident hat mich darauf hingewiesen, dass uns in den Normorganisationen einfach die Mittel fehlten. Die Unterstützung des kantonalen Führungsstabes war eine zusätzliche, unerlässliche und wertvolle Unterstützung, vor allem des Gesundheits- und Sozialdepartementes. Deshalb waren die Leute auch verfügbar und konnten weiterarbeiten. Ich würde nicht das Negativum anschauen, sondern die Win-win-Situation, dass wir lange zusätzliche Unterstützung erhalten haben. Die kantonale Krisenorganisation hat es ermöglicht, rasche, wirkungsvolle und breit abgestützte Lösungen zu finden. Das Ziel war zu Beginn, Todesfälle und schwere Verläufe aufgrund der Corona-Infektion zu verhindern. Wir vergessen vielleicht zu schnell, dass wir in Europa und auf der ganzen Welt kurz vor einem Kollaps des Gesundheitssystems standen. In einigen Regionen ist das sogar passiert und zog unglaubliche Auswirkungen auf Wirtschaft, Kultur und Sport und eigentlich für die gesamte Gesellschaft nach sich. Dass die Krisenbewältigung insgesamt gut gelungen ist, hängt auch mit den vorhandenen Grundlagen zusammen, beispielsweise mit dem

kantonalen Pandemieplan und dem Konzept zur Krisenkommunikation. Die Prozesse und Abläufe in der kantonalen Verwaltung waren geregelt und die Zuständigkeiten klar. Die Zusammenarbeit sowohl im kantonalen Führungsstab als auch in der Taskforce Corona funktionierte gut, und die notwendigen rechtlichen Grundlagen wurden auch unter hohem Zeitdruck in guter Qualität geschaffen. Um einen Bogen zur heutigen Situation zu spannen, darf festgehalten werden, dass die Massnahmen zur Krisenbewältigung ihre Ziele erreicht haben. Die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung hat funktioniert, auch dank der sehr guten Zusammenarbeit der Spitäler. Die zentrale Strategie beim Impfen mittels Impfzentren, aber auch mit mobilen Impfequipen für die Alters- und Pflegeheime und die SEG-Institutionen hat sich bewährt. Die Arbeitsplätze im Kanton Luzern konnten im Wesentlichen gesichert werden. Massenentlassungen und Konkurswellen blieben aus. Der Werk- und Innovationsplatz und auch der Messeplatz und die Kulturlandschaft in Luzern sind so lebendig, vielseitig und innovativ wie vor der Krise. Der Covid-19-Rechenschaftsbericht markiert nicht das Ende der Aufarbeitung, er bildet die Grundlage und den Ausgangspunkt, um grosse Ereignisse und Krisen künftig noch besser meistern zu können. Wir beantragen Ihnen, den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Zu den Anträgen nehme ich bei der Detailberatung Stellung.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Bemerkung SPK zu Allgemein: Die Regierung wird beauftragt, der Staatspolitischen Kommission jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung in den Handlungsfeldern des Covid-19-Rechenschaftsberichts zu unterbreiten.

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsidentin Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Im Bericht werden in den Handlungsfeldern Massnahmen definiert, um für eine zukünftige Krise besser gewappnet zu sein. Lehren sollen aus den bisherigen Erfahrungen gezogen werden. Damit diese Massnahmen nicht im Sand verlaufen, soll der SPK jährlich darüber ein Bericht über den Stand der Umsetzungen unterbreitet werden. Nicht dass wir der Regierung nicht vertrauen, aber: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Die Bemerkung wurde von der Kommission einstimmig unterstützt. Im Namen der SPK bitte ich Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Wir stimmen dieser Bemerkung gerne zu.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 102 zu 0 Stimmen zu.

Bemerkung SPK zu S. 14, Kapitel 2.4 Durchhaltefähigkeit und Ressourcen: Damit bei ausserordentlichen Krisensituationen die Durchhaltefähigkeit der Führungs- und Verantwortungspersonen gewährleistet werden kann, ist im Ereignisfall die Stellvertretungsregelung inklusive notwendiger Ressourcen frühzeitig zu koordinieren und sicherzustellen.

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsidentin Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Die SPK hat erkannt, dass die Stellvertretungen der Führungs- und Verantwortungspersonen frühzeitig sicherzustellen sind. Wir haben in den verschiedensten Eintretensvoten und auch von Regierungsrat Paul Winiker gehört, dass die Führungsstäbe sehr lange arbeiten mussten und die Stellvertretungen nicht optimal geregelt waren. Sie waren zwar geregelt, aber wenn alle arbeiten müssen und jemand krank wird, fehlen die Stellvertretungen. Es ist wichtig, dass die Stellvertretungen in Krisensituationen gewährleistet sind. Die SPK hat der Bemerkung mit 12 zu 1 Stimme zugestimmt. Ich bitte Sie, der Kommission zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Rein inhaltlich sind wir damit absolut einverstanden. Aber wir haben es im Bericht klar adressiert, und zwar im Handlungsfeld «Business Continuity Management» oder eben in der Vorsorgeplanung. Das Thema wurde im Bericht ausführlich behandelt und erkannt. Wir beantragen Ihnen deshalb, die Bemerkung wegen Erfüllung abzulehnen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 94 zu 11 Stimmen zu.

Bemerkung SPK zu S. 16, Kapitel 3.1.3 Contact-Tracing: Die Regierung ergreift Massnahmen zur Förderung der Digitalisierung im Bereich des Contact-Tracings.

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsidentin Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Grundsätzlich ist die Digitalisierung in der Digitalstrategie des Kantons Luzern abgebildet. Auch die Digitalisierung für das gesamte Gesundheitswesen ist in diesem Bericht enthalten. Während der Pandemie zeichneten sich Schwierigkeiten beim Contact-Tracing ab, und es muss zwingend verbessert werden. Dies ist auch im Sinn der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK). Dieser Bemerkung wurde in der Kommission einstimmig zugestimmt. Im Namen der SPK bitte ich Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 95 zu 13 Stimmen zu.

Antrag Spring Laura zu Ziffer 1: Neutrale Kenntnisnahme.

Antrag Schumacher Markus zu Ziffer 1: Ablehnende Kenntnisnahme.

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsidentin Angela Lüthold.

Angela Lüthold: Die beiden Anträge lagen der SPK nicht vor.

Hans Stutz: Ich spreche im Namen von Laura Spring und der Hälfte unserer Fraktion, die für eine neutrale Kenntnisnahme ist. Der Covid-19-Rechenschaftsbericht entstand als Auftrag des Kantonsrates an den Regierungsrat. Daher ist es klar, dass wir als Parlament umfassend informiert werden müssen oder müssten. Dies ist nicht der Fall, denn anders als in anderen Kantonen haben wir nur den Bericht der Verwaltung erhalten, nicht aber den Evaluationsbericht, den die Firma Interface verfasst hat und der Grundlage für den Bericht an den Kantonsrat ist. Auf der Webseite von Interface ist ersichtlich, dass die Firma von mehreren Kantonen den gleichen Auftrag erhalten hat. Diese Berichte wurden von den anderen Kantonen veröffentlicht oder sind zum Teil bei Interface erhältlich. Das ist der Grund, weshalb wir die neutrale Kenntnisnahme beantragen. Aus der Botschaft wird ersichtlich, dass es noch weitere Punkte gibt, die einen Verbesserungsbedarf aufweisen. Wir erachten den vorliegenden Bericht als nicht genügend und stellen deshalb den Antrag auf neutrale Kenntnisnahme.

Markus Schumacher: In meinem Eintretensvotum habe ich auf alle Punkte hingewiesen, die zum Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme geführt haben. Mir ist aber wichtig zu erwähnen, dass Andersdenkende im Bericht nicht berücksichtigt wurden, obwohl das hätte sein sollen. Wir beantragen, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich habe ausgeführt, was im Auftrag von Interface beinhaltet ist. Sie haben Datenanalysen und Erhebungen gemacht sowie Interviews geführt und diese zusammengefasst. Dabei gab es auch sehr kontroverse Aussagen. Interface hat nicht eine unabhängige Evaluation durchgeführt, sondern die Daten erhoben und wir haben sie ausgewertet. Wenn zwei Personen komplett unterschiedliche Aussagen machen, muss man gewichten, wie man damit umgeht. In diesem Sinn gibt es bei Interface nicht einen Evaluationsbericht, den wir unter Verschluss halten. Wenn jetzt noch verschiedene Bereiche erwähnt werden, die nicht abgedeckt worden sind, dann hat vielleicht auch die SPK die Chance verpasst, Ergänzungen anzufügen. Ich denke aber, dass dieser Bericht im grossen Ganzen umfassend ausgefallen und die vom Parlament geforderte Evaluation gemacht worden ist. Ich bitte Sie deshalb, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Kenntnisnahme der ablehnenden Kenntnisnahme mit 88 zu 20 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung stimmt der Rat der zustimmenden Kenntnisnahme mit 81 zu 28 Stimmen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über den Rechenschaftsbericht zur Covid-19-Krisenbewältigung im Kanton Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 92 zu 19 Stimmen zu.